

# Neuer Weg

Halbmonatsschrift für aktuelle Fragen der Arbeiterbewegung

Herausgegeben vom

Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Redaktion: Berlin N54 • Wilhelm-Pieck-Straße 1

Heft 9 / Mai 1951

PAUL VERNER

## Die Volksbefragung beginnt!

URStrc Aufgaben zur Vorbereitung und Durchführung der Volksbefragung

Vor allen friedliebenden Deutschen steht in den nächsten Wochen die alles überragende Aufgabe und patriotische Pflicht der Vorbereitung und Durchführung der Volksbefragung gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland im Jahre 1951.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und unsere Volkskammer nahmen zum Ersuchen des Düsseldorfer Hauptausschusses Stellung und getreu dem Wesen und Inhalt unserer demokratischen Verfassung und der Auffassung, daß die Freiheit der Persönlichkeit da beginnt, wo die Bürger selber über die entscheidende Lebensfrage von Krieg und Frieden entscheiden können, wurde der Bitte stattgegeben und die Durchführung einer Volksbefragung über die Frage: „Sind Sie gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland im Jahre 1951\*\* in der Deutschen Demokratischen Republik beschlossen. Die Volksbefragung wird am Sonntag, dem 3. Juni, Montag, dem 1. Juni und Dienstag, dem 5. Juni im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik und auf Beschluß des demokratischen Magistrats von Groß-Berlin auch in Berlin durchgeführt werden.

Die zentrale Aufgabe in Deutschland ist der Kampf gegen die immer stärker betriebene Remilitarisierung in Westdeutschland, die die ernsteste Bedrohung des Friedens nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa darstellt.

Die Regierung Adenauer und seine Clique sowie Schumacher, dem die Hohen Kommissare vom Petersberg gegenwärtig noch die Rolle des Oppositionsführers zudiktieren, sind offen auf die Positionen der amerikanischen Kriegspolitik übergegangen. Sie lehnen schroff jede Verhandlung und jedes Gespräch mit den Deutschen in der Deutschen Demokratischen Republik ab. Sie propagieren die Aggression gegen die Deutsche Demokratische Republik und die westpolnischen Gebiete, indem sie den Anschluß dieser Gebiete an den Bundesstaat fordern. Sie überführen die Wirtschaft Westdeutschlands auf Rüstungsgeleise, sie erkennen die Schulden gegenüber dem amerikanischen Großkapital an. Sie verschachern mit Hilfe des Schumanplanes die Grundstoffindustrie Kohle und Eisen an das amerikanische Monopolkapital und dienen dadurch der Remilitarisierung. Die Volksbefragung ist zugleich der Volksprotest gegen diesen Sklavenplan. Wenn die westdeutschen sozialdemokratischen und Gewerkschaftsmitglieder ernsthaft wollen, daß dieser Plan zu Fall gebracht wird, dann müssen sie an der Volksbefragung teilnehmen. Adenauer und Schumacher führen offen eine Politik der Revanche durch wie sie früher durch Hugenberg, Papen und Hitler geführt wurde und die Deutschland und unser Volk so tief in die Katastrophe stürzte. Sie erklärten sich bereit, die Rolle des Büttels gegen die Friedenskämpfer zu spielen. Diesen Erklärungen ließen sie die Taten folgen, indem sie die Kundgebungen der

Friedenskämpfer mit brutaler Gewalt auseinanderschlugen und jetzt aus Angst vor dem Volke und seinem Willen die Durchführung der Volksbefragung in Westdeutschland verboten. Unser Volk muß erfahren, daß es Adenauer und Schumacher waren, die eine verstärkte Invasion amerikanischer Truppen in Deutschland forderten. Es war Schumacher, der erklärte, daß man ja die amerikanischen Truppen auch in Deutschland ausbilden könne, statt in Arizona oder Texas und der eine Entscheidungsschlacht gegen den Osten zwischen Weichsel und Njemen forderte. Die Remilitarisierung kostet der westdeutschen Bevölkerung bereits rund 9 Milliarden Mark, das sind fast 50 Prozent des gesamten Haushaltes von Bonn.

Das deutsche Volk will keine Remilitarisierung, es will nicht für die amerikanischen Kriegstreiber Gewehre tragen, denn zwischen den Interessen des amerikanischen Monopolkapitals und den nationalen Interessen Deutschlands besteht ein »unüberbrückbarer Gegensatz. Das amerikanische Monopolkapital will den Krieg, weil er für sie das „big business“ — das große Geschäft bringt. Das deutsche Volk will den Frieden, einen Friedensvertrag und friedlichen Aufbau zu Nutz und Frommen unseres Volkes. Das ganze deutsche Volk muß sich seiner nationalen Verantwortung bewußt werden und aus der Vergangenheit lernen. Es hat die Hitlerherrschaft zugelassen und wenn es die Remilitarisierung zuließe, so würde das zum III. Weltkrieg und zur Vernichtung Deutschlands und seiner Nation führen.

Die große Aufgabe, die in diesen Wochen von allen patriotischen und friedliebenden Kräften, von den Parteien, von den Massenorganisationen, von den Friedenskomitees und von den Ausschüssen der Nationalen Front des demokratischen Deutschland gelöst und zu einem alles überragenden Erfolg gestaltet werden muß, verlangt den selbstlosen Einsatz aller Kräfte sowie auch die Heranziehung breiter Schichten parteiloser Menschen. In knapp drei Wochen muß eine umfassende Mobilisierung und Überzeugung des ganzen Volkes vorgenommen werden. Die Aufklärung über die Bedeutung dieser Volksbefragung muß bis ins letzte Dorf, in den kleinsten Betrieb, ins letzte Haus und in die letzte Familie getragen werden. Von vornherein muß gegen jede Unterschätzung der Aufklärungsarbeit zur Volksbefragung, gegen die Meinung, man brauche keine großen Anstrengungen zur Mobilisierung der Bevölkerung zu machen, denn die Frage sei ja für alle klar, aufgetreten werden. Es gibt bei uns in der Deutschen Demokratischen Republik noch Dörfer, in denen die Bevölkerung noch nicht weiß, daß die amerikanischen Imperialisten den Krieg vorbereiten. Noch viele Menschen sind sich über den ganzen Ernst der Lage nicht im klaren. Deshalb ist die Aufklärungsarbeit die entscheidende Aufgabe. Es ist daher notwendig, daß in der Kampagne zur Durchführung der Volksbefragung die Aufklärungsarbeit maximal